

Norbert Wagner

Raffarin verändert Frankreich

Seitdem Ministerpräsident Raffarin und seine Regierung Anfang Mai 2002 die Regierungsgeschäfte übernommen haben, vollzieht sich in Frankreich ein nachhaltiger und tiefgreifender politischer Wandel, der auch Ausstrahlung auf seine europäischen Nachbarn haben könnte.

Zwei Elemente charakterisieren diesen Wandel: ein neuer Politikstil und die Entschlossenheit, für notwendig erachtete Reformen zwar behutsam, aber konsequent voranzutreiben, und dies auch dann, wenn diese Reformen vermeintlich unpopulär sind. Premierminister Raffarin hat bereits in seinen ersten Erklärungen nach seiner Nominierung die *politique d'en bas* zum Leitmotiv der Politik seiner Regierung erklärt. „Politik von unten“ bedeutet für ihn, auf die Wünsche, Nöte und Sorgen der Menschen zu hören, sie ernst zu nehmen, überzeugende Lösungen zu entwickeln und diese sodann konsequent umzusetzen. Seinen Ministern hat er immer wieder eingeschärft, die Wortbedeutung von „Minister“ sei „Diener“. Die „Methode Raffarin“ der *politique d'en bas* trägt dazu bei, die Kommunikation in beide Richtungen zu verbessern, die Politik bemüht sich, auf die Sorgen der Bevölkerung zu hören (*être à l'écoute des gens*), kann aber auch ihre Maßnahmen den betroffenen Bürgern besser vermitteln und dadurch höhere Zustimmung gewinnen. Besonders in Frankreich bedeutet dies eine grundlegende Abkehr vom bisherigen Muster, Politik zu betreiben. Die *politique d'en bas* ist seitdem zum

Seit der Übernahme der Amtsgeschäfte durch Premierminister Jean-Pierre Raffarin und seine Regierung vollzieht sich in Frankreich ein tiefgreifender Wandel. Behutsam, doch mit Beharrlichkeit packt die neue Regierung ein „Dossier“ nach dem anderen an und verwirklicht ihre Wahlversprechen. Dabei scheut sie sich auch nicht davor, konflikträchtige Probleme anzugehen. Oberste Priorität genießt die Politik der Inneren Sicherheit, gefolgt von der Förderung des wirtschaftlichen Wachstums und der Beschäftigung. Im Jahr 2003 sollen die Dezentralisierung vorgebracht und das Rentensystem reformiert werden. Bisher wird die Politik der Regierung Raffarin von einer Woge der Zustimmung getragen. Ansätze von Protestbewegungen sind rasch wieder zusammengebrochen. Dies ist vor allem der Methode Raffarin zuzuschreiben. *Politique d'en bas* ist zum Markenzeichen von Premierminister Raffarin geworden.

Markenzeichen von Premierminister Raffarin und seiner Regierung geworden.

■ Die erste Regierung Raffarin

Die erste Regierung Raffarin hatte vor allem eine Aufgabe – die Ende Mai und Anfang Juni anstehenden Parlamentswahlen zu gewinnen. In den wenigen Wochen zwischen der Nominierung und dem ersten Wahlgang konnte die neue Regierung nur wenige konkrete Maßnahmen ergreifen. Messbare Resultate waren in der Kürze der Zeit nicht zu erzielen. So mussten sich Premierminister Raffarin und seine neue Regierung vor allem damit begnügen, einige symbolträchtige Initiativen zu lancieren oder anzukündigen und den neuen Politikstil zu propagieren.

■ Ursachen des Wahlerfolges

Premierminister Raffarin

■ Der Sieg des bürgerlichen Lagers bei den Parlamentswahlen ist in erster Linie ein Sieg von Premierminister Raffarin.

Der Sieg des bürgerlichen Lagers bei den Parlamentswahlen ist in erster Linie ein Sieg von Premierminister Raffarin. Er verstand es in der kurzen Zeit zwischen den Präsidenten- und den Parlamentswahlen, ein glaubwürdiges Programm und eine überzeugende Methode zu präsentieren. Dabei kam ihm ganz besonders seine ausgeprägte Kommunikationsfähigkeit zugute. Er ist zweifellos einer der besten Redner der gegenwärtigen politischen Elite in Frankreich. Vielen Franzosen war Raffarin als *Sénateur* und Präsident der Region Poitou-Charentes bis zu seiner Nominierung zum Premierminister kaum bekannt. In seinem Auftreten und Habitus unterschied er sich erkennbar von der üblichen französischen Politiker-Elite. Schon sehr bald wurde er von einer Woge des Vertrauens und der Zustimmung getragen.

Auch scheute er sich nicht, die zentralen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme Frankreichs offen anzusprechen und den Bürgern konkrete Lösungsvorschläge anzubieten. Die beherrschenden Themen während des Wahlkampfes waren und sind bis heute geblieben die Innere Sicherheit, die Beschäftigung, die Steuerpolitik, die Dezentralisierung und die Reform der sozialen Sicherungssysteme.

Präsident Jacques Chirac kommt das Verdienst zu, unter den drei aussichtsreichsten Kandidaten für das

Amt des Premierministers – Jean-Pierre Raffarin, Nicolas Sarkozy und Philippe Douste-Blazy – jenen ausgewählt zu haben, der, wie sich schließlich herausstellte, die größten Siegeschancen besaß.

Gründung der UMP

Die Gründung der UMP war zwar schon über längere Zeit vorbereitet worden. Die Vorläuferorganisation UEM (Union en Mouvement) war schon im Jahr 2001 von einigen jüngeren Abgeordneten aus RPR, UDF und DL sowie mit nachhaltiger Unterstützung aus dem Elysée gebildet worden. Nach der ersten Runde der Präsidentenwahlen und vor dem zu erwartenden Sieg von Jacques Chirac in der zweiten Runde gegen Jean-Marie Le Pen schien die Zeit reif für eine große Partei des bürgerlichen Lagers in Frankreich. Alain Juppé, Jean-Claude Gaudin und Philippe Douste-Blazy bildeten das Führungstrio der UMP (Union pour la Majorité Présidentielle), die – wie der Name schon sagte – dem neugewählten Präsidenten Chirac auch eine Regierungsmehrheit sichern sollte.

Mit der Gründung der UMP wurde ein altes Übel der französischen Parteienlandschaft (vorläufig) beseitigt, dass nämlich das bürgerliche Lager in mehrere mittelgroße und kleinere Parteien aufgesplittet war, wobei die Zersplitterung in der Regel nichts oder nur wenig mit programmatischen und inhaltlichen Differenzen zu tun hatte, sondern lediglich in den (Präsidenten-)Ambitionen des jeweiligen Parteiführers begründet war. Dies hatte in der Vergangenheit in Frankreich häufig die Folge, dass ein mehrheitlich eigentlich bürgerlich geprägtes Land von einer linken Regierungsmehrheit regiert wurde.

Nach dem schwachen Abschneiden von François Bayrou und dem katastrophalen Ergebnis von Alain Madelin bei den Präsidentenwahlen war die Gelegenheit günstig, RPR, DL und den größten Teil der UDF in einer neuen, großen Partei zu vereinigen.

Natürlich musste dabei mitunter auch mit mehr oder minder massivem Druck (auch aus dem Elysée) nachgeholfen werden. Besonders wirksam erwies sich indes, dass die Führung der UMP, insbesondere aber Alain Juppé, durchgesetzt hatte, dass ein Wahlkreis-kandidat nur dann seine Investitur durch die UMP erhielt, wenn er sich zuvor schriftlich verpflichtet hatte,

■ **Mit der Gründung der UMP wurde ein altes Übel der französischen Parteienlandschaft (vorläufig) beseitigt, dass nämlich das bürgerliche Lager in mehrere mittelgroße und kleinere Parteien aufgesplittet war, wobei die Zersplitterung in der Regel nichts oder nur wenig mit programmatischen und inhaltlichen Differenzen zu tun hatte, sondern lediglich in den (Präsidenten-)Ambitionen des jeweiligen Parteiführers begründet war.**

nach der Wahl auch der neuen UMP-Fraktion in der Assemblée Nationale anzugehören und seine Abgeordneten-Beiträge an die neue UMP-Partei abzuführen. Nach dem überwältigen Ergebnis der Parlamentswahlen umfasst die UMP-Fraktion gegenwärtig 365 Abgeordnete (von 577) in der Assemblée Nationale. Das Budget der UMP-Partei im Jahr 2003 wird allein aus Beiträgen der Abgeordneten 35 Millionen Euro betragen.

Die UDF unter Führung von François Bayrou spielt mit 29 Abgeordneten nur eine Randrolle. Vor allem scheint dieser noch keine klaren Vorstellungen betreffend die politische Positionierung seiner Partei und Fraktion zu haben. So schwankt er zwischen gelegentlicher Kritik der Regierungspolitik und der Hoffnung auf eine Allianz mit Sozialisten aus dem Umfeld von Jacques Delors und Michel Rocard. Raffarin lässt ihn weitgehend gewähren, hat aber einige wichtige Politiker der UDF in sein Kabinett aufgenommen (z.B. Gilles de Robien, Jean-Louis Borloo) oder mit Aufgaben in der Staatswirtschaft betraut (Anne-Marie Idrac), so dass Bayrou weiter geschwächt wurde.

Zerstrittene Linke

■ Die politische Linke konnte sich vom katastrophalen Abschneiden ihres Spitzenkandidaten Lionel Jospin bei den Präsidentenwahlen bis zu den wenige Wochen darauf stattfindenden Parlamentswahlen nicht erholen. Jospin wurde nicht nur vom rechtsextremen Jean-Marie Le Pen im ersten Wahlgang überflügelt. Die Katastrophe war auch noch selbst verursacht.

Die politische Linke konnte sich vom katastrophalen Abschneiden ihres Spitzenkandidaten Lionel Jospin bei den Präsidentenwahlen bis zu den wenige Wochen darauf stattfindenden Parlamentswahlen nicht erholen. Jospin wurde nicht nur vom rechtsextremen Jean-Marie Le Pen im ersten Wahlgang überflügelt, was für die Sozialisten sicher schmerzlicher war als die Niederlage selbst. Die Katastrophe war auch noch selbst verursacht. Denn Jospin und die Sozialisten hatten nicht verhindert, dass durch eine große Zahl linker Kandidaten die linken Stimmen aufgesplittet wurden. Gute Ergebnisse für linksextreme Kandidaten kosteten Jospin zusätzlich Stimmen.

Nach dem ersten Schock der Niederlage Jospins erfuhr die Linke in Frankreich in den Tagen vor dem zweiten Wahlgang der Präsidentenwahlen eine gewisse Wiederbelebung. Sie führte eine engagierte Kampagne gegen Le Pen und damit für die Wahl von Chirac. Mitunter konnte man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die Kampagne der Linken für die Wahl von Chirac sehr viel engagierter geführt

wurde als von dessen eigenem politischen Lager. In einer allgemeinen Aufwallung versuchte die Linke, die „Schande“ des ersten Wahlgangs vergessen zu machen. Nachdem dies mit dem überwältigenden Wahlsieg von Jacques Chirac offenbar erreicht schien, sank die Linke erschöpft zurück.

Außerdem stand in den Tagen und Wochen nach den Präsidentenwahlen die interne Abrechnung im linken politischen Lager im Vordergrund und nicht der Versuch, die zuvor erlittene Scharte bei den Parlamentswahlen wieder auszuwetzen. Auch bei der linken Wählerschaft war keine entsprechende Trotzreaktion zu verspüren. Kaum jemand rief dazu auf, nach der Niederlage der Linken bei den Präsidentenwahlen ihr wenigstens einen Sieg bei den Parlamentswahlen zu erkämpfen. Die Linke und ihre führenden Politiker schienen sich in das Unvermeidliche zu fügen.

Den Rest an verbliebener Hoffnung zerstörten die Querelen innerhalb der Führungsriege der sozialistischen Partei sowie die gegenseitigen Schuldzuweisungen zwischen den Sozialisten und den übrigen linken Parteien für die Niederlage bei den Präsidentenwahlen.

Bis heute hat sich die linke Opposition nicht von der Niederlage bei den Präsidenten- und Parlamentswahlen erholt. Die Sozialisten sind durch ihre offene Führungsfrage blockiert. Dies um so mehr, als mit der Führungsfrage auch eine politische Richtungsentscheidung verbunden ist. Marine Aubry steht für eine sozialistische Politik nach dem Vorbild von Jospin, Laurent Fabius und Dominique Strauss-Kahn für mehr Marktwirtschaft und Eigenverantwortung. Solange sich die Partei nicht entscheiden kann, bleibt François Holland Generalsekretär des PS.

Auch die Grünen haben ein Orientierungs- und ein Führungsproblem. Beim Parteikongress vor einigen Wochen war man nicht in der Lage, einen neuen Vorsitzenden zu wählen. Im Januar soll dies nachgeholt werden. Beste Aussichten hat ein ausgesprochen „linker“ Kandidat.

Die Kommunisten sind völlig verunsichert. Ihre Wählerschaft läuft ihnen davon. Dagegen haben die Extremkommunisten Zulauf. In einer neuen, großen Linken Partei möchte der PC aber auch nicht aufgehen.

■ **Bis heute hat sich die linke Opposition nicht von der Niederlage bei den Präsidenten- und Parlamentswahlen erholt. Die Sozialisten sind durch ihre offene Führungsfrage blockiert. Dies um so mehr, als mit der Führungsfrage auch eine politische Richtungsentscheidung verbunden ist.**

■ Die Regierung Raffarin verändert Frankreich

Die kritische Phase zwischen Oktober und Dezember (traditionell die Zeit für zahlreiche Streiks und Protestdemonstrationen) hat die Regierung Raffarin mit Bravour überstanden. Auch hier hat sich die Methode Raffarin bewährt. Einerseits zeigten sich Raffarin und seine Minister gesprächsbereit und boten den verschiedenen Gewerkschaften (Lastwagenfahrer, Fluglotsen, Lehrer, Ärzte, medizinisches Personal oder Bauern) Verhandlungen an. Doch demonstrierte die Regierung auch Entschlossenheit und Härte. So drohte Innenminister Nicolas Sarkozy allen Lastwagenfahrern, die Straßen blockierten, mit dem Entzug ihres Führerscheins und machte diese Drohung auch wahr. Außerdem ließ er vorsichtshalber die Raffinerien von der Polizei sichern, um zu verhindern, dass die Lastwagenfahrer mit Blockaden die Treibstoffversorgung behindern. Binnen weniger Tage brach der Protest der Lastwagenfahrer zusammen.

Innere Sicherheit

■ Das Thema Innere Sicherheit hatte im Wahlkampf von Präsident Chirac und anschließend jenem der UMP die wichtigste Rolle gespielt. Seitdem hat dieses Thema an Bedeutung eher noch gewonnen.

Das Thema Innere Sicherheit hatte im Wahlkampf von Präsident Chirac und anschließend jenem der UMP die wichtigste Rolle gespielt. Seitdem hat dieses Thema an Bedeutung eher noch gewonnen. Dies hat vor allem wohl auch damit zu tun, dass mit Nicolas Sarkozy das zweite große Talent der Regierung Raffarin zum Innenminister ernannt wurde und er damit für das Thema Innere Sicherheit zuständig ist.

Durch organisatorische Maßnahmen, etwa die Zusammenlegung der bisher getrennt und teilweise auch konkurrierend agierenden Gendarmerie mit der Polizei, durch zusätzliche finanzielle und personelle Ausstattung und durch strengere Gesetze sowie ihre konsequentere Anwendung hat er innerhalb weniger Monate erreicht, dass sich in der Bevölkerung der Eindruck verbreitet hat, die innere Sicherheit in Frankreich habe sich erhöht. Dies wird vor allem den unermüdlichen und auch geschickt vermarkteten Bemühungen des Innenministers zugeschrieben. Nicolas Sarkozy ist infolgedessen in den letzten Monaten zum populärsten Politiker Frankreichs nach Premierminister Raffarin aufgestiegen.

Dabei legt sich Sarkozy keineswegs die Beschränkungen des *politiqument correct* auf, sondern spricht unangenehme Wahrheiten auch offen an, so auch die, dass auch die Eltern ihrer Aufsichtspflicht über ihre Kinder nachkommen müssten. Wenn sie dazu offenkundig nicht bereit oder in der Lage seien, müsse man ihnen eben das Kindergeld kürzen. Ganz entgegen sonstigem französischen Usus spricht er auch offen davon, dass der Zustrom an Einwanderern nicht mehr in dem Maße wie früher anhalten könne. Der Zustrom müsse auch entsprechend den Notwendigkeiten Frankreichs gesteuert werden. (Zum Problem der Immigration erfolgt Ende Januar 2003 ein gesonderter Bericht.)

Das Durchgangslager Sangatte am Eingang zum Kanaltunnel nach Großbritannien wurde in Absprache mit der britischen Regierung geschlossen und damit ein Quell von Kriminalität in der Region beseitigt.

Die diversen muslimischen Organisationen in Frankreich hat er dafür gewonnen, eine umfassende und alle Gruppierungen repräsentierende Organisation zu bilden, in welcher der französische Staat nun über einen Ansprechpartner verfügt.

Das „Korsika-Problem“ geht er beherzt an, ohne allerdings bereits große Fortschritte erzielt zu haben. Bei einem seiner letzten Besuche explodierte unweit von seinem Aufenthaltsort in Ajaccio eine Bombe. Sein Kommentar: „Ich habe die Botschaft verstanden.“

Seit einigen Wochen führt er eine Kampagne zur Erhöhung der Verkehrssicherheit. In Frankreich sind bei wesentlich geringerer Bevölkerung rund 2000 Verkehrstote pro Jahr mehr zu beklagen als in Deutschland. Zu Recht wird dafür die allzu laxe Anwendung der Kontrollen und der Sanktionen durch die Verkehrspolizei verantwortlich gemacht. Selbst gravierende Verkehrsverstöße gelten in Frankreich als Kavaliersdelikte. Nun versucht Nicolas Sarkozy, die Verkehrsdisziplin durch strengere Kontrollen zu verbessern.

Zahlreiche andere Aktionsfelder des neuen Innenministers ließen sich hinzufügen. Insgesamt entwickelt Nicolas Sarkozy dabei einen Elan und ein Engagement, als wolle er beweisen, dass er doch der bessere Premierminister gewesen wäre.

■ **Ganz entgegen sonstigem französischen Usus spricht Sarkozy auch offen davon, dass der Zustrom an Einwanderern nicht mehr in dem Maße wie früher anhalten könne. Der Zustrom müsse auch entsprechend den Notwendigkeiten Frankreichs gesteuert werden.**

Wirtschaft und Finanzen

Die Wirtschafts- und Finanzpolitik ist das zweite Politikfeld, dem die UMP ihre Regierungsmehrheit verdankt und in welches die Bevölkerung folglich große Erwartungen setzt. Nach fünf Jahren linker Wirtschaftspolitik sehnte sich die Bevölkerung nach einer neuen, reformorientierten Politik. Zwar hatte Lionel Jospin, getrieben von der ehemaligen Arbeits- und Sozialministerin Martine Aubry, den Franzosen die (zwangsweise) 35-Stundenwoche beschert. Zunehmend wurde aber klar, dass die Rigidität des Arbeitsmarktes, insbesondere aber die 35-Stundenwoche, Fortschritte auf dem Arbeitsmarkt blockierte.

Die Reform der 35-Stundenwoche gestaltete sich indes schwierig. Denn einerseits betrachten die Beschäftigten die kürzere Arbeitszeit als *acquis*. Für viele beginnt nun das Wochenende bereits einen Tag früher. Das Verkehrschaos in Paris am Donnerstagabend ist ein deutliches Anzeichen hierfür. Andererseits hatte die Regierung Jospin den Arbeitgebern die Einführung der 35-Stundenwoche durch großzügige Zuschüsse schmackhaft gemacht. Beides konnte die neue Regierung Raffarin nicht mehr zurücknehmen, hätte sie nicht einen Proteststurm riskieren wollen. So blieb der Regierung nur die Alternative, die Anzahl der erlaubten Überstunden zu erhöhen und damit mehr Flexibilität zu ermöglichen. Nur in Einzelfällen wurde die 35-Stundenwoche wieder völlig rückgängig gemacht.

Ein zentrales Wahlkampfversprechen von Präsident Chirac und der UMP betraf die Senkung der Einkommenssteuern und der Abgaben. Präsident Chirac hatte versprochen, dass sogar die Einkommenssteuer für das Jahr 2001, deren letzte Rate im September 2002 zu zahlen war, gesenkt würde. Nach der Regierungsübernahme veranlasste Premierminister Raffarin einen Kassensturz mit dem wenig überraschenden Ergebnis, dass das Loch im Staatshaushalt deutlich größer war als befürchtet. Eine Steuersenkung war eigentlich nicht finanzierbar. Trotzdem stand die neue Regierung zu ihrem Versprechen und reduzierte die Einkommenssteuer. Auch für die Einkommenssteuer 2002 (zahlbar im Jahr 2003) ist eine geringfügige Senkung der Einkommenssteuer vorgesehen.

■ **Nach der Regierungsübernahme veranlasste Premierminister Raffarin einen Kassensturz mit dem wenig überraschenden Ergebnis, dass das Loch im Staatshaushalt deutlich größer war als befürchtet. Eine Steuersenkung war eigentlich nicht finanzierbar. Trotzdem stand die neue Regierung zu ihrem Versprechen und reduzierte die Einkommenssteuer.**

Schon recht früh nach dem Wahlsieg verabschiedete sich die neue französische Regierung, angeführt von Präsident Chirac, von früher eingegangenen Verpflichtungen, bis zum Jahr 2004 den Haushalt auszugleichen. Es kam ihr zupass, dass die Haushaltsdisziplin in Deutschland noch schwächer ausgeprägt war. Gemeinsam hoffte man, leichter dem Druck aus Brüssel Widerstand leisten zu können. Bald darauf meldeten sich aus dem Regierungslager erste Kritiker an der Drei-Prozent-Haushaltsdefizitgrenze.

Bei ihrer Budgetplanung für das Jahr 2003 ging die Regierung von recht optimistischen 2,5 Prozent BSP-Wachstum aus. Sollte diese Zielgröße deutlich unterschritten werden, wird das Haushaltsdefizit nahezu unausweichlich die Drei-Prozent-Grenze überschreiten. Schon hat Finanzminister Francis Mer mit Haushaltssperren gedroht.

Allerdings verläuft die wirtschaftliche Entwicklung in Frankreich deutlich günstiger als in Deutschland. Das zwar nur bescheidene Wachstum wird vor allem vom privaten Konsum getragen, was darauf hindeutet, dass die französischen Konsumenten Vertrauen besitzen – vor allem Vertrauen in ihre neue Regierung und in deren wirtschaftspolitischen Kurs.

Dagegen äußern französische Politiker immer offener ihre Sorge über die katastrophale wirtschaftliche Situation in Deutschland. Sie befürchten, dass die französische Wirtschaft mit in den Abwärtssog hineingezogen wird. Im Dezember kritisierte selbst Premierminister Raffarin ungewöhnlich offen die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung. *Le Figaro* schrieb daraufhin: „Croissance: Raffarin accuse Schröder“ (12. 12. 2002).

Trotz der angespannten Haushaltslage hat die Regierung in ihrem Budget 2003 (3,1 Prozent Anstieg gegenüber 2002) einige Ausgabensteigerungen vorgesehen, die ihre neuen politischen Prioritäten widerspiegeln. So wuchsen erwartungsgemäß die Budgets des Innen- (+ fünf Prozent) und des Justizministeriums (+ 7,4 Prozent). Aber auch das Budget des Verteidigungsministeriums konnte besonders deutliche Zuwächse verbuchen (+ 6,4 Prozent).

Auch auf dem Feld der weiteren Privatisierung von Staatsbeteiligungen versucht die Regierung voranzukommen (auf diesem Gebiet war die Bilanz der Regierung Jospin gar nicht so schlecht). Schon im Juli

■ **Schon recht früh nach dem Wahlsieg verabschiedete sich die neue französische Regierung, angeführt von Präsident Chirac, von früher eingegangenen Verpflichtungen, bis zum Jahr 2004 den Haushalt auszugleichen. Es kam ihr zupass, dass die Haushaltsdisziplin in Deutschland noch schwächer ausgeprägt war.**

verkaufte sie einen Teil der noch in staatlicher Hand befindlichen Aktien von Air France. Viel beachtet wurde auch der Verkauf (in einer Nacht- und Nebelaktion) der noch in staatlichem Besitz befindlichen Anteile am Credit Lyonnais. Schwieriger dürfte die von der EU-Kommission eingeforderte Liberalisierung des Energiemarktes in Frankreich werden. Das Monopolunternehmen EDF muss wegen geringer Produktionskosten (wegen des hohen Anteils von Strom aus Kernkraftwerken) auswärtige Konkurrenten nicht fürchten. Französische Politiker können sich kaum vorstellen, dass der Strommarkt auch durch mehrere Anbieter geprägt sein könnte, dass Produktion und Netzbetrieb getrennt sein könnten etc. Das größte Hindernis dürften allerdings die kommunistisch dominierten Gewerkschaften in der EDF darstellen. Sie fürchten – wohl zu Recht – den Verlust ihrer Pfründe, die auch zu einem beträchtlichen Teil zur Finanzierung der Kommunistischen Partei beitragen.

Reform des Rentensystems

Wie viele westliche Industriestaaten, so hat auch Frankreich während Jahrzehnten seine sozialen Sicherungssysteme unterfinanziert und mit systemfremden Lasten überfrachtet. Die Sozialausgaben stiegen explosionsartig an, die Sozialabgaben mussten infolgedessen immer rascher erhöht werden. Frankreich ist eines der Länder mit der höchsten Abgabenquote weltweit. Trotz Zuschüssen aus dem Staatshaushalt und Quersubventionierung befindet sich die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme in einer gravierenden Krise, die nur noch im Wege einschneidender Reformen behoben werden kann. Einen ersten Schritt in diesem Zusammenhang unternahm die Regierung Raffarin, indem sie Ende 2002 die Arbeitslosenversicherung reformierte. Kern der (Mini-) Reform ist eine Reduzierung der Leistungen und eine geringfügige Erhöhung der Beiträge.

Wesentlich schwieriger wird sich die Reform des Systems der Rentenversicherung erweisen. Angesichts der seit den siebziger Jahren rückläufigen Geburtenzahlen können die Renten ohne eine tiefgreifende Reform ab 2020 nicht mehr finanziert werden. Premierminister Jean-Pierre Raffarin hat daher die Reform der Rentenversicherung zu einer der zentralen Aufgaben seiner Regierung erklärt.

■ **Frankreich ist eines der Länder mit der höchsten Abgabenquote weltweit. Trotz Zuschüssen aus dem Staatshaushalt und Quersubventionierung befindet sich die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme in einer gravierenden Krise, die nur noch im Wege einschneidender Reformen behoben werden kann.**

Dezentralisierung

Die Dezentralisierung Frankreichs hat Premierminister Jean-Pierre Raffarin zu einem Hauptanliegen für die Amtszeit seiner Regierung gemacht. Schon im ersten Halbjahr 2003 soll ein erster, entscheidender Schritt vollzogen werden. Noch nie konnte ein französischer Premierminister das Ziel der Dezentralisierung glaubwürdiger vertreten als Raffarin. Als ehemaliger Sénateur und Präsident der Region Poitou-Charentes weiß er um die Schwerfälligkeit und Ineffizienz der staatlichen Verwaltung und um die Nachteile der übermächtigen, zentralisierten Bürokratie. Nach verschiedenen früheren, mehr oder minder gescheiterten Ansätzen zu mehr Dezentralisierung ist ihm am ehesten zuzutrauen, dass nun die Dezentralisierung wirklich vorankommen wird.

Die Pläne Raffarins sind derart weitgehend, dass sogar die Verfassung geändert werden wird. Dies soll bereits im Januar 2003 durch den Kongress erfolgen. Vorgesehen ist beispielsweise, den 1. Artikel der Verfassung, der da lautet „Frankreich ist eine Republik, unteilbar, laizistisch, demokratisch und sozial“, zu ergänzen um den Passus „ihre Organisation ist dezentral.“ Die Verfassung soll die Möglichkeit eröffnen, dass Gesetze und Regelungen experimentelle Elemente enthalten. Das Prinzip der Subsidiarität wird in die Verfassung aufgenommen werden (Art. 72). Gebietskörperschaften (Regionen, Departements, Kommunen) sollen das Recht bekommen, Referenden abzuhalten. Die geänderte Verfassung wird den Gebietskörperschaften Einnahmen garantieren, über die sie frei verfügen können. Die Übertragung von Aufgaben vom Staat an die Gebietskörperschaften muss einhergehen mit dem Transfer entsprechender Finanzmittel. Ungleichheiten der Finanzkraft verschiedener Gebietskörperschaften werden durch einen Finanzausgleich korrigiert.

Verlagerungen und Klärungen der Zuständigkeiten zwischen Staat, Regionen, Departements und Kommunen werden sich vor allem auf folgenden Gebieten ergeben: Bau und Unterhalt der höheren Schulen, der Universitäten und der Krankenhäuser, Umweltschutz, öffentlicher Wohnungsbau und Transport. Die Regionen wünschen größere Zuständigkeiten im Bereich der Kultur. Die Departements glauben, auf ihrer Ebene sollte die Zuständigkeit für Sozialhilfe,

■ **Noch nie konnte ein französischer Premierminister das Ziel der Dezentralisierung glaubwürdiger vertreten als Raffarin. Als ehemaliger Sénateur und Präsident der Region Poitou-Charentes weiß er um die Schwerfälligkeit und Ineffizienz der staatlichen Verwaltung und um die Nachteile der übermächtigen, zentralisierten Bürokratie.**

■ **Im ersten Halbjahr 2003 soll ein Gesetz verabschiedet werden (loi de modernisation de la République), in welchem die neuen Kompetenzen von Regionen und Départements sowie die Bereiche, in denen Experimente möglich sein sollen, genau aufgeführt werden. Ab dem 1. Juli 2003 könnte sich dann das institutionelle Angesicht Frankreichs grundlegend verändern.**

Jugend, höhere Schulen, Straßen und Wasserwirtschaft angesiedelt werden. Dagegen wollen die Départements Feuerwehr und Erste Hilfe gerne in die Verantwortung des Staates abgeben, weil diese ihre Haushalte zu sehr belasten. Grundsätzlich wünschen sich alle Präsidenten der Regionen und Départements, dass das Finanzierungssystem der Gebietskörperschaften geändert wird: weg von der Verwaltung von Zuschüssen aus Paris hin zu mehr Eigenständigkeit und Eigenverantwortung. Im ersten Halbjahr 2003 soll ein Gesetz verabschiedet werden (loi de modernisation de la République), in welchem die neuen Kompetenzen von Regionen und Départements sowie die Bereiche, in denen Experimente möglich sein sollen, genau aufgeführt werden. Ab dem 1. Juli 2003 könnte sich dann das institutionelle Angesicht Frankreichs grundlegend verändern.

■ **Die Union pour un Mouvement Populaire (UMP)**

Partei

Die Union pour la Majorité Présidentielle (UMP) war zwar schon wenige Tage nach dem ersten Wahlgang der Präsidentenwahlen gebildet worden. Und mit diesem Namen errang sie bei den Parlamentswahlen im Juni einen überwältigenden Erfolg. Die offizielle Gründung der neuen Partei, die aus dem Zusammenschluss von RPR, DL und einem Großteil der UDF entstand, erfolgte allerdings erst am 17. November 2002. Dort wurden das Programm und die Statuten verabschiedet, die Führungsequipe gewählt und über das Logo der Partei (weiße Eiche auf blauem und rotem Grund) sowie ihren neuen Namen (Union pour un Mouvement Populaire, UMP) abgestimmt. Da man das Kürzel UMP erhalten wollte, der Name „Union pour la Majorité Présidentielle“ aber nicht beibehalten werden konnte, ergab sich diese etwas holprige Bezeichnung. Alain Juppé hatte (für einige Zeit) „Maison Bleue“ favorisiert.

Das Führungstrio besteht aus Alain Juppé (Präsident), Jean-Claude Gaudin (Président Délégué), Philippe Douste-Blazy (Secrétaire Général).

An dem Parteitag nahmen über 15 000 Mitglieder teil. Etwa 45 000 Mitglieder stimmten per Internet ab. Insgesamt dürften der Partei 80 000 bis 90 000 Mit-

glieder angehören, wobei die genaue Zahl wohl auch der Parteiführung noch nicht bekannt ist. Denn in den Wochen vor der Fusion hatten die drei beteiligten Parteien ihre Listen erheblich geschönt, um ihren Einfluss zu erhöhen.

In den Wochen nach dem Parteitag stellte Alain Juppé die Führungsmannschaft (65 Personen) der Partei zusammen. Nur der Vorsitzende, der stellvertretende Vorsitzende und der Generalsekretär werden von den Mitgliedern gewählt. Kein Kabinettsmitglied gehört der UMP-Führung an. Die Partei hat ein neues Hauptquartier bezogen und Mitarbeiter eingestellt. Prinzipiell werden sowohl politische als auch administrative Positionen innerhalb der UMP nach dem Schlüssel 50 (ehemals RPR) : 25 (DL) : 25 (UDF) vergeben.

Alleine die Pflichtbeiträge der 365 UMP-Abgeordneten von rund 35 Millionen Euro machen die UMP zu einer reichen Partei.

Die nächste Etappe wird nun der Aufbau der Parteiorganisation auf Ebene der Departments sein. Die rund hundert Vorsitzenden der UMP auf Ebene der Departements (*Secrétaire Départemental*) werden vom Vorstand in Paris bestimmt.

Die UMP ist Mitglied der EVP und ihre Abgeordneten im Europaparlament sind Mitglieder der EVP-Fraktion. Die internationale Arbeit der UMP steckt noch in den Kinderschuhen. Gute Kontakte und Zusammenarbeit bestehen mit CDU und PP.

Neben der übermächtigen UMP dürfte das Überleben für François Bayrou und seine UDF schwer werden. Die Europawahl im Jahr 2004 soll nach Plänen der Regierung anhand von 22 regionalen Listen (proportional) erfolgen. Bayrou wettert heftig gegen diesen Plan, weil er zu Recht fürchtet, weit hinter die jetzige Anzahl von acht bis neun Abgeordneten zurückzufallen. Die UMP dagegen könnte mit rund 35 Europaabgeordneten rechnen.

Fraktion

Noch nie gab es in der Assemblée Nationale eine Fraktion mit 365 Mitgliedern. Noch immer verfügt die UMP-Fraktion in der Nationalversammlung über keinen Raum, in dem sie sich mit allen ihren Mitgliedern versammeln kann. Wichtiger als dieses technische Problem ist indes die Aufgabe, eine derart große

■ In den Wochen nach dem Parteitag stellte Alain Juppé die Führungsmannschaft (65 Personen) der Partei zusammen. Nur der Vorsitzende, der stellvertretende Vorsitzende und der Generalsekretär werden von den Mitgliedern gewählt. Kein Kabinettsmitglied gehört der UMP-Führung an.

Fraktion zu organisieren, funktions- und arbeitsfähig zu machen und vor allem zu verhindern, dass sie bald wieder auseinanderfällt. Eingehend hat daher die Führung der UMP-Fraktion die Organisations- und Arbeitsweise der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag studiert.

Mittlerweile meistert die UMP-Fraktion diese Aufgabe ausgezeichnet, was vor allem ihrem Vorsitzenden Jacques Barrot zu verdanken ist. Er gibt der Fraktion sowohl politisches Profil und Durchsetzungskraft, auch gegenüber der Regierung, als auch die nötige Offenheit, ohne dabei den Zusammenhalt einer so großen Fraktion zu gefährden.

Nach einigen Widerständen hat sich auch im Senat eine UMP-Fraktion gebildet, welche die bisher auf vier verschiedene Fraktionen aufgeteilten *Sénateurs* von RPR, DL und UDF umfasst. Eine kleine Gruppe von Bayrou-treuen UDF-Senatoren setzt ihre Arbeit in einer separaten UDF-Fraktion fort. Die neue UMP-Fraktion im Senat verfügt über die absolute Mehrheit.

Chirac – Raffarin – Sarkozy – Juppé – Barrot

In einer der letzten Ausgaben des Jahres 2002 schrieb *Le Figaro*, dass kaum jemals zuvor in der V. Republik ein derartiger Gleichklang zwischen Elysée, Matignon, UMP-Fraktion und UMP-Partei geherrscht habe. Für Chirac, Raffarin und Barrot mag das gelten, weniger für Sarkozy und Juppé.

Jacques Chirac ist den Präsidentenwahlen entstiegen wie der Phönix aus der Asche. Vergessen, dass er mit gut 19 Prozent der Stimmen ein klägliches Ergebnis erzielte (das schlechteste, das je ein amtierender Präsident erhielt), vergessen die noch zum Jahreswechsel 2001/2002 drohende Niederlage gegen Lionel Jospin, vergessen seine Fehler der ersten Amtszeit, vergessen die Affären und Skandale. Seine Popularitätswerte sind so hoch wie selten zuvor. Schon wird mehr oder minder offen darüber spekuliert, ob Jacques Chirac eventuell doch eine weitere (dritte) Amtszeit anstreben könnte, was nach der Verfassung möglich wäre.

Raffarin ist der populärste Politiker Frankreichs. Er hat den größten Anteil am Sieg bei den Parlamentswahlen. Nun setzt er Zug um Zug ins Werk, was er im Wahlkampf angekündigt hat. Seit seiner Re-

■ Jacques Chirac ist den Präsidentenwahlen entstiegen wie der Phönix aus der Asche. Vergessen, dass er mit gut 19 Prozent der Stimmen ein klägliches Ergebnis erzielte, vergessen die noch zum Jahreswechsel 2001/2002 drohende Niederlage gegen Lionel Jospin, vergessen seine Fehler der ersten Amtszeit, vergessen die Affären und Skandale.

gierungsübernahme hat die Zustimmung zu ihm und seiner Politik kontinuierlich zugenommen. Zwar überlässt er Präsident Chirac die Außen-, Europa- und Verteidigungspolitik. Im Bereich der Innen-, Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik bestimmt er aber eindeutig den Rhythmus und das Tempo des politischen Handelns.

Der dritte politische „Aufsteiger“ des Jahres 2002 ist zweifellos Nicolas Sarkozy. Vergeblich hatte er bis zuletzt gehofft, Premierminister zu werden. Nachdem er es nicht geworden war und Raffarin ihm den zweiten Platz im Kabinett und das Amt des Innenministers anbot, griff er zu. Seitdem ist er zum wichtigsten Minister im Kabinett Raffarin geworden und zum Schlüsselfaktor für den Erfolg dieser Regierung überhaupt. Seine Popularitätswerte sind nach oben geschnellt und liegen nur knapp hinter jenen seines Premierministers. Beide, Raffarin und Sarkozy, scheinen akzeptiert zu haben, dass sie für ihren zukünftigen politischen Erfolg aufeinander angewiesen sind.

Mit dem Aufbau der UMP-Partei hat Alain Juppé gewiss einen wichtigen, in den Augen der Franzosen aber weniger glanzvollen Part übernommen. Ein Regierungsamt kam für ihn nicht in Frage, denn noch immer ist das Untersuchungsverfahren gegen ihn wegen der *emplois fictifs* im Rathaus von Paris nicht abgeschlossen. Im Herbst 2003 könnte der Prozess eröffnet werden.

Um die früheren Vorwürfe gegen Alain Juppé, er sei arrogant und überheblich, ist es etwas stiller geworden. Seine Intelligenz und Eloquenz werden weithin gerühmt. Dennoch verwundern einige simple Fehler, die ihm in den letzten Wochen unterlaufen sind – so bei der Nominierung der UMP-Führung. Zwar gehört kein Minister der UMP-Führung an, viele führende Kabinettsmitglieder, einschließlich Premierminister Raffarin, haben aber einen ihrer Getreuen in die UMP-Führungssequipe entsandt. Dies wollte auch Nicolas Sarkozy (und zwar Brice Hortefeux). Ohne Not und ohne eine stichhaltige Erklärung zu geben, verweigerte es ihm Alain Juppé. Spätestens seit diesem Vorfall besteht ein offener Konflikt zwischen Juppé und Sarkozy.

Eine öffentliche Rüge des Premierministers handelte sich Alain Juppé ein, nachdem er heftig kritisiert hatte, dass Gilles de Robien, Minister für Transport,

■ **Um die früheren Vorwürfe gegen Alain Juppé, er sei arrogant und überheblich, ist es etwas stiller geworden. Seine Intelligenz und Eloquenz werden weithin gerühmt. Dennoch verwundern einige simple Fehler, die ihm in den letzten Wochen unterlaufen sind – so bei der Nominierung der UMP-Führung.**

bei einer Nachwahl für die Assemblée Nationale den UDF-Kandidaten unterstützte und nicht jenen der UMP. Nach einigem Hin und Her in der Öffentlichkeit entschuldigte sich Alain Juppé, er sei über das Ziel hinausgeschossen.

Alle diese Auseinandersetzungen haben für die französische Öffentlichkeit vor allem deswegen einen besonderen Reiz, weil sie in der Perspektive der Präsidentschaftswahlen im Jahr 2007 gesehen werden. Vier Namen werden gehandelt: Raffarin, Sarkozy, Juppé – und Chirac.

Im Jahre 2007 wird Jacques Chirac allerdings fast 75 Jahre alt sein. Fraglich ist auch, ob die Franzosen ihn nach zwölfjähriger Amtszeit noch einmal wiedewählen würden. Über einer möglichen Kandidatur von Alain Juppe schwebt noch das Gerichtsverfahren gegen ihn. Außerdem schätzen die Franzosen zwar seine intellektuellen Fähigkeiten, in ihren Augen fehlen ihm aber „Wärme und Ausstrahlung“. Nicolas Sarkozy hat einen Populartätssprung gemacht. Mit etwa 47 Jahre könnte er seine Ambitionen auch noch einige Zeit zurückstellen. Wenn heute Wahlen stattfänden, hätte zweifellos Jean-Pierre Raffarin die größten Chancen.

Wenn sein Projekt, Frankreich zu verändern, Erfolg hat, werden die Chancen von Jean-Pierre Raffarin in vier Jahren sicher nicht geringer sein.

Das Manuskript wurde am 6. Januar 2003 abgeschlossen.